

Und nun sagen Sie: es besteht keine Möglichkeit, eine Besserung schnellstens zu schaffen. O doch, es besteht eine Möglichkeit. Der allgemeine deutsche Gewerkschaftsbund hat kürzlich 10 Forderungen aufgestellt: Diese 10 Forderungen durchgeführt, geben große Möglichkeiten. Sie geben vor allen Dingen die Möglichkeit, diese Resolution hier, die nur Papier bleibt, wenn sie auch verwirklicht wird, nämlich nur Banknotenpapier, das wieder in Form von Steuern herausgeholt wird, in eine wirkliche Hilfe umzuwandeln. Die Durchführung der Forderungen des allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes ist die erste Möglichkeit, den unteren Klassen überhaupt zu helfen; denn sie gibt die Möglichkeit, in Deutschland die Quelle anzutasten, die die einzige Quelle ist, den Besitz, das Vermögen, das Kapital (Zuruf: Sehr richtig!). Wenn diese Resolution, die nebenbei gesagt, eine Mißtrauensresolution ist gegen Ihre Parteifreunde im Reich, gegen Ihre Koalition — ich werde ihr gerne zustimmen — ich sage, wenn diese Resolution irgend welchen Erfolg haben soll so wird dabei herauskommen ein Nachtrag mit erneuten Zuschlägen und gegenüber diesen erneuten Zuschlägen erneute Steuerfalten.

Ich begreife, nebenbei gesagt, nicht, warum man einen Teil des Lohnes ausbezahlt, um ihn auf dem Umweg der Steuer wieder hereinzuholen. Rein technisch scheint mir das eine außerordentliche Arbeitsverschwendung zu sein, und das könnte nach meiner Auffassung doch etwas einfacher gemacht werden dadurch, daß die Gelder von vornherein gar nicht erst ausbezahlt werden, die man schließlich ja doch nicht bekommt. Es ist das sozusagen nichts als eine Täuschung: Man erhält da eine hohe Lohnsumme und nimmt dann gleich eine große Portion weg, das heißt, man bekommt sie gar nicht erst; weshalb sie dann aufführen?

Aber jedenfalls die Verwirklichung der Resolution kommt gerade darauf hinaus: Erhöhte Zulagen, erhöhte Steuern, und dann natürlich außer den Steuern eine fortschreitende Teuerung für die große breite Masse im ganzen Lande, im ganzen Reich, und nirgends ein Ausweg. Denn daß das ein Ausweg wäre, was Sie hier schaffen, wagen Sie das nach den Ergebnissen der letzten 8 und 14 Tagen zu behaupten? Glauben Sie, daß dieses Besoldungsgesetz jetzt auch nur für vier Wochen reichen wird, und daß die Zuschläge dazu nur einen weiteren Monat reichen werden? Glauben Sie wirklich, daß diese Skala so weiter läuft, wie sie jetzt läuft?

Ich meine, ein Mann, der ein bißchen von dem Wirtschaftsleben versteht — und Sie verstehen ja sicher sehr viel — der weiß, daß in demselben Maße, wie die Banknoten sich anhäufen, der innere Wert immer mehr zusammensinkt u. daß Erscheinungen, wie sie in Berlin bereits anfangen Tatsachen zu werden, vermehrte Erscheinungen werden, und daß unter solchen Voraussetzungen der Lohn in dieser Höhe nur eine Fiktion ist.

Ich bestreite nicht, daß man mit den Gehältern, die für die höheren Beamten vorgesehen sind, zurzeit noch leben kann. Die Sätze sind wenigstens höher, und wenn man Geld in der Hand hat, kann man sich satt essen; aber für die unteren Beamten gilt das umsoweniger, als auch schon für die mittleren Beamten die Gehälter von Tag zu Tag mehr eine Fiktion werden. Und da kann man sich doch nicht einbilden, daß eine solche Lösung, wie Sie es hier versuchen, eine grundsätzliche Lösung sei. Ich weiß nicht, weshalb Sie sich nur die Mühe geben, eine solche Arbeit zu unternehmen. Sie sagen vielleicht, damit die Beam-

den hereinkommen und gleich darauf sich doch nicht satt essen können, immer nur von einem bis zum anderen Tag leben können, aber nie daran denken können, irgendwie einen Tag zu haben, wo sie sagen können, jetzt haben wir eine Existenz.

Wir wollen aber, daß die Kräfte, die im Lande, in der Industrie, im Staate arbeiten, eine wirkliche Existenz haben, und damit sie eine wirkliche Existenz bekommen, lehnen wir solche Vorlagen ab und fordern hauptsächlich Erfassung der Vermögen und aus diesen Vermögen die Bezahlung der arbeitenden Kräfte (Zuruf aus der Mitte: Ähnlich wie in Rußland). Vielleicht ähnlich wie in Rußland (Seiterteil). Ja, meine Herren, Ihnen mag das heute vielleicht lächerlich sein.

Präsident Wittmann (unterbrechend):

Wir wollen bei der Besoldungsordnung Rußland Rußland sein lassen.

Hdg. B o d (fortfahrend):

Ich habe den Zuruf erhalten und gehe sehr gerne darauf ein, umso mehr, als die gesamte bürgerliche Presse in der Regel von Rußland nur die Schattenseiten bringt. Nun finde ich aber beispielsweise eine Lichtseite darin, daß in Rußland nur der zu essen pflegt, der auch arbeitet (Zuruf von den Sozialdemokraten: Es sind nur sehr wenige, die zu essen haben!). Vielleicht sehr wenige, das ist möglich, denn es essen alle sehr wenig. Sie können das vielleicht in einem bürgerlichen Organ, in der Frankfurter Zeitung drei Mal im Monat nachlesen. Die Frankfurter Zeitung schreibt wirklich nicht kommunistisch und hat keinen Anlaß, die Dinge gar noch zu übertreiben und gar noch nach der Seite hin, daß sie etwa die Dinge noch besser hinstellt, als sie wirklich liegen, und deshalb ziehen wir die russische Methode vor, daß man diejenigen Leute, die nicht endgültig arbeiten, ausschaltet, darunter auch sehr viele Geheimräte und andere Räte, die eigentlich nur deshalb ihren Gehalt beziehen, weil sie da sind, vielleicht auch deshalb, weil sie ironische Redewendungen in ernste Dinge hineinbringen; auf diese Büroarbeit würden wir faktisch gerne verzichten, wenn dadurch nur die Existenzmöglichkeit der anderen gehoben würde. Manche Dinge von Rußland glaube ich, werden wir auch in Deutschland noch erleben, und wir können uns dann praktisch darüber unterhalten.

Darüber sind Sie doch mit mir einig, daß die bürgerliche Gesellschaft sich zurzeit wenigstens als nicht sehr beständig erweist, und daß Sie sicherlich nicht darauf schwören möchten, daß sie etwa in einigen Jahren noch so ist, wie sie heute ist. Ich glaube, die Auffassung teilen Sie selber, und wir werden deshalb vielleicht Gelegenheit haben, uns gerade über diesen Punkt noch auseinander zu setzen.

Wir lehnen also, wie gesagt, das Gesetz ab, stimmen dagegen der Resolution zu, weil sie eine Mißtrauensresolution ist gegen die Koalition, die im Reich die Schwierigkeiten schafft, die Sie hier zu lösen nicht imstande sind.

Dagegen lehnen wir den zweiten Teil der Resolution über die Veränderung des Ausbaues der Kinderzuschläge ab und zwar deshalb: Hier ist erklärt, daß für Kinder vom 16—21 Lebensjahr diese Zuschläge nur gewährt werden, wenn sie nicht eigenes Einkommen haben. Ich weiß nicht, was man sich unter eigenem Einkommen vorstellt; denn wenn das angewendet wird auf die Kinder der unteren Beamten, dann wird es darauf hinaus laufen, daß derjenige Unterbeamte, der seine Loum aus der Schule entlassenen Kinder als Boten oder was